

**SP: Starke Stadtregion Luzern**

Die Bevölkerung in den Gemeinden Adligenswil, Ebikon, Emmen und Kriens hat den politisch Verantwortlichen den Auftrag gegeben, eine verstärkte Kooperation oder eine Fusion ihrer Gemeinden und der Stadt Luzern zu klären. Schlussbericht und Management Summary liegen nun vor. Die erarbeiteten Unterlagen enthalten eine gute erste Evaluation. Wir empfehlen Ihnen, diesen Bericht oder das Summary zu lesen (herunterzuladen unter [www.starkestadtregionluzern.ch](http://www.starkestadtregionluzern.ch)). Es ist wichtig, dass sich die Bevölkerung damit auseinandersetzt und sich ein eigenes Bild über das Projekt mit allen Möglichkeiten und Herausforderungen macht.

**Sachliche Information und demokratischer Entscheid**

Im November bzw. im März (Emmen) werden wir über die weiteren Schritte abstimmen. Die SP erachtet den starken Einbezug der Bevölkerung mit einer objektiven Informationspolitik und einer demokratischen Mitbestimmung der Stimmberechtigten in dieser zentralen Frage als essenziell. Es liegt auch in der Verantwortung

des Gemeinderates, die Bevölkerung sachlich und ausgewogener zu informieren.

Der Entscheid für oder gegen weitere Fusionsabklärungen muss durch möglichst viele Adligenswiler Stimmberechtigte getragen werden. So wurde von der SP eine Urnenabstimmung (mit Abänderung der Gemeindeordnung) verlangt. Dieses wichtige Anliegen hat der Gemeinderat nicht aufgenommen.

An einer Gemeindeversammlung stimmt jeweils nur ein Bruchteil der Stimmberechtigten über wichtige Geschäfte ab. Auch wenn im November eine weitaus höhere Anzahl Stimmberechtigter erwartet wird, so wird sie immer noch weit unter der Zahl liegen, die in diesem wichtigen Thema an der Urne mitentscheiden würde.

Mit dem Schlussbericht liegt ein erstes Grundlagenpapier vor. Es braucht aber weitere Abklärungen, damit die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ihren Entscheid auf der Basis von vertieften Abklärungen in einer zweiten, definitiven Abstimmung abgeben können.

SP ADLIGENSWIL, VORSTAND

# Komitee «Pro Adlige» gegen Fusion gegründet

Engagierte Bürger haben in Adligenswil das überparteiliche Komitee «Pro Adlige» gegründet. Dieses setzt sich für eine eigenständige Zukunft der Gemeinde Adligenswil ein. Das Komitee kämpft darum für ein Nein zu den Fusionsabsichten. Das Komitee «Pro Adlige» ist überzeugt, dass die Gemeinde Adligenswil mit den umliegenden Gemeinden die bestehende, gut funktionierende Zusammenarbeit weiterhin beibehalten und auch ausbauen soll. Das Komitee begrüsst daher eine vertiefte Zusammenarbeit, um Synergien zu gewinnen. Schon heute arbeiten die umliegenden Gemeinden erfolgreich zusammen (Feuerwehr, Schule, Sozialamt etc.). Eine Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden, von denen alle profitieren, geht auch ohne Fusion.



Das Komitee «Pro Adlige» möchte keine Mitbestimmungsrechte verlieren

**Eigen- und Mitbestimmung**

Als Gemeinde können wir nicht mehr eigenständig über unsere Grünflächen, Orts- und Zonenplanung, Verkehrswege, Ausbau und Gestaltung der Schulen, Investitionen und viele künftige Gemeindeangelegenheiten entscheiden. Als kleinste der beteiligten Fusionsgemeinden haben wir nur noch ein sehr beschränktes Mitbestimmungsrecht in den künftigen politischen Behörden. Denn im neuen Parlament hätte Adligenswil nur zwei der insgesamt 60 Sitze.

**Deshalb: Eigenständig und frei bleiben, statt abhängig und ungehört von der «starken Stadtregion».**

**Dienstleistungen und Dorfcharakter**

Als gut funktionierende Gemeinde mit effizienten und kostengünstigen Dienstleistungen wie Wasserversorgung, Feuerwehr, Verwaltung etc. müssen wir diese Errungenschaften abgeben. Als herzliche Gemeinde, wo man sich kennt, verlieren wir unsere Identität und Autonomie über unser Kultur- und Vereinsleben.

**Deshalb: Eigenständig, bekannt und stolz auf unsere Eigenheiten sein, statt anonym in der «starken Stadtregion».**

**Weitsicht und Zukunftsplanung**

Als moderne Gemeinde mit attraktiven Wohnlagen sind wir dem «Siedlungsdruck» der Stadt ausgesetzt. Als innovative Gemeinde können wir nicht mehr darüber bestimmen, wie, wo, wann und für wen wir wachsen wollen und werden zum Aussenquartier der Stadt Luzern.

**Deshalb: Eigenständig und behutsam mit unserer eigenen «Siedlungspolitik» sein, statt verschandelt in der «starken Stadtregion».**

**Die Gründungsmitglieder**

Folgende Personen bilden den Gründungsvorstand des Komitees «Pro Adlige»: Bruno Furrer, Markus Gabriel, Hans Meier, Roger E. Rölli, Klaus Zwysigg.

**Hingehen und mitbestimmen**

Dienstag, 30. August 2011: Mitgliederversammlung Pro Adlige, 19.30 Uhr im Teufmatt. Dienstag, 29. No-

vember 2011: Gemeindeversammlung, 20.00 Uhr bei der Tennishall Stöckenweg. An dieser Gemeindeversammlung geht es um die Zukunft der Gemeinde Adligenswil. Eigenständigkeit und Mitbestimmung dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden. Deshalb gehen Sie an die Gemeindeversammlung und stimmen Sie gegen weitere Fusionsabklärungen ab. Weitere Argumente erhalten Sie per Post oder finden Sie auf unserer Homepage [www.pro-adlige.ch](http://www.pro-adlige.ch)

KOMITEE PRO ADLIGE

Unterstützen Sie unsere Aktivitäten gegen die Fusion der «starken Stadtregion».

Werden Sie Mitglied in unserem parteiunabhängigen Komitee.

**Pro Adlige**  
Postfach 311, 6043 Adligenswil  
Konto:Raiffeisenbank, Adligenswil, CH 24 8116 8000 0037 6719 4.  
Herzlichen Dank.

Siehe auch Seite 3: «Der Motor ist ins Stottern geraten».

**SVP: Sexualekunde an der Volksschule**

Werte Bürgerinnen und Bürger

Sexualekunde, gespickt mit allerlei «Handlungsanleitungen», bereits für Kinder ab vier Jahren: Das plant die Schweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (EKD) durch ihr Sekretariat in Bern zusammen mit dem Bundesamt für Gesundheit (BAG). Sexualekunde-Unterricht an allen Volksschulen, obligatorisch für Vier- bis Fünfzehnjährige. Die kantonalen Bildungsdirektoren, eigentlich verantwortlich für die gesamte Unterrichtsgestaltung, werden bei der Planung völlig übergangen. Mit dem Lehrplan 21 soll das geplante Konzept in der Schweiz eingeführt werden. Die Mitsprache der Eltern wird leider ausgeschlossen. Die Eltern können weder auf den Unterricht noch auf die Lehrmittel Einfluss nehmen. Ja, man will den Eltern auch verbieten, ihre Kinder vom Sexualekunde-Unterricht dispensieren zu lassen. Dabei ist die sexuelle Aufklärung von Kindern vor allem Aufgabe der Eltern. Deshalb kämpft die SVP gegen diese Einführung des Sexualekunde-Unterrichts ab dem vierten Altersjahr.

SVP ORTSPARTEI ADLIGENSWIL, ROGER E. RÖLLI, PRÄSIDENT

**CVP: «Starke Stadtregion» – Risiko oder Chance?**

Die CVP Adligenswil befasst sich intensiv mit dem Projekt «Starke Stadtregion». Der Bedeutung dieses Entscheids angemessen und den parteiinternen Gepflogenheiten entsprechend wird das Thema differenziert und umfassend angegangen. Mittels einer Internet-Umfrage bei den Parteimitgliedern wurden noch vor den Sommerferien Informationsdefizite sowie Argumente für und wider Verhandlungen für einen Fusionsvertrag erfragt. Die Ergebnisse dieser Befragung werden Anfang September anlässlich einer ausserordentlichen Parteiversammlung präsentiert und diskutiert, ehe im Hinblick auf die Gemeindeversammlung vom 29. November die Parole gefasst wird.

Im Grundsatz stimmt die Parteileitung der CVP mit dem Gemeinderat überein, dass Adligenswil dank den eigenen Stärken die Voraussetzungen und das Potenzial hat, auch in Zukunft eigenständig bleiben zu können. Aber geht es beim Projekt «Starke Stadtregion» tatsächlich einzig um diese Frage? Wird die Agglomeration Luzern gestärkt, wenn sich bloss Gemeinden ohne dieses Potenzial zusammenschliessen? Oder wäre es nicht auch denkbar, dass man eine mögliche Fusion aus einer Position

der Stärke heraus prüft, und nicht etwa, weil man in Not ist oder seine Probleme nicht mehr allein lösen kann? Und liegen überhaupt bereits alle Details auf zentrale Fragen vor, damit die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger eine gute Grundlage für einen endgültigen Entscheid haben? Die Parteibasis soll sich anlässlich der ausserordentlichen Parteiversammlung äussern: Um Antworten auf diese und weitere Fragen zu erhalten, hat die CVP Adligenswil bei ihren Mitgliedern und Sympathisanten Anfang Juli eine Internet-Umfrage durchgeführt. Anlässlich einer ausserordentlichen Parteiversammlung am Morgen des 3. September 2011 werden die Umfrageergebnisse präsentiert, das Projekt sowie der Schlussbericht der Projektsteuerung noch einmal umfassend vorgestellt. Im Anschluss an die kontradiktorsche Diskussion ist die Parolenfassung für die Gemeindeversammlung von Ende November vorgesehen. Die ausserordentliche Parteiversammlung findet am Samstag, 3. September 2011, von 9.30–12.00 Uhr im Sitzungszimmer UG Teufmatt statt. CVP-Mitglieder und interessierte Gäste sind herzlich eingeladen.

PATRICK VON DACH, CVP ADLIGENSWIL

**FDP: Ladenschluss-Initiative zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Luzern**

**1. Mehr Freiheit und Eigenverantwortung**

Die Ladenöffnungszeiten sollen eigenverantwortlich festgelegt werden dürfen. Das kantonale Ruhetags- und Ladenschlussgesetz ist ein unnötiger Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit und eine Bevormundung der Konsumenten. Die gesellschaftlichen Bedürfnisse haben sich gewandelt. Die verstärkte Arbeitsmarktenteilung von Frauen, sich ändernde Familienstrukturen und flexiblere Arbeitszeiten rufen nach einer Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten.

**2. Stärkung des Wirtschaftsstandorts Luzern**

Die flexibleren Ladenöffnungszeiten in den umliegenden Kantonen schwächen die Stellung der Luzerner

Geschäfte und somit den Wirtschaftsstandort Luzern. So kennen zum Beispiel die Kantone Aargau, Ob- und Nidwalden und auch Schwyz kein Ladenschlussgesetz. Ändert der Kanton Luzern nichts an seiner Ladenschlussregelung, so werden in Zukunft noch mehr Luzerner ihre Einkäufe in anderen Kantonen tätigen. Eine Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten schafft gleiche Bedingungen und stärkt den Wirtschaftsstandort Luzern. Nicht zu unterschätzen ist zudem die Tatsache, dass dadurch begehrte Teilstellen entstehen können.

**3. Stopp Privilegierung**

Die zahlreichen Ausnahmen im kantonalen Ruhetags- und Ladenschlussgesetz privilegieren ausgewählte Betriebe, welche vom Gesetz

ausgenommen sind. Diese Ungleichbehandlung ist willkürlich und lässt sich nicht rechtfertigen.

Daher unterstützt der Vorstand der FDP Adligenswil nachfolgendes Initiativbegehren: Gestützt auf §21 der Verfassung des Kantons Luzern stellen die Initianten das Initiativbegehren auf Aufhebung des Ruhetags- und Ladenschlussgesetzes vom 23. November 1987 (SRL 855) in Form der Anregung: «Der Kanton Luzern soll das Ruhetags- und Ladenschlussgesetz aufheben. Der Gesetzgeber regel was öffentliche Ruhe- und Feiertag sind.»

Unterschriftsbögen können unter [www.jflu.ch](http://www.jflu.ch) bestellt werden.

FDP.DIE LIBERALEN ADLIGENSWIL  
ROGER SUTER